

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal bei freier Zustellung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Hamburg 26, Klaus-Groth-Strasse 1, I. Stock Fernsprecher: Nordsee 6246

Postfachkonto: Vermögensverwaltung des Verbandes Hamburg 11698

Die Woche vom 18. bis 25. Mai muß der Werbetätigkeit für unsern Verband dienen. Kollegen! Veranstaltet in dieser Zeit an allen Orten Versammlungen, Werkstattbesprechungen, Hausagitation, Bücherkontrollen! Agitiert von Mund zu Mund! Verbreitet das bis dahin erscheinende Flugblatt und die besondere Werbenummer des „Maler“ Nr. 20.

Sitzung des Verbandsrates.

Der Verbandsrat tagte am 25. und 26. April zum erstenmal nach der Jenaer Generalversammlung in voller Besetzung im Gewerkschaftshaus in Hamburg. Zur Tagesordnung standen: der Bericht des Vorstandes über seine Tätigkeit und den Stand der Organisation, der Bericht über die stattgefundenen Lohn- und Tarifbewegungen, Streiks und Aussperrungen und Verschiedenes.

In übersichtlicher Weise gab Kollege Streine vorerst ein Bild von der wirtschaftlichen Lage in Deutschland, wie sie sich nach unserm letzten Verbandstag gestaltete. Scharf zeigte im August vorigen Jahres die Inflation ein, immer rascher wurden die Verhältnisse, Preissteigerungen und fortgesetzte Teuerung folgten automatisch und wurden von Tag zu Tag unerträglich. Die Schwierigkeiten der Verbandsleitung, die Organisation in diesem allgemeinen Zusammenbruch nicht zu erschüttern, waren riesengroß, da die eingelieferten Verbandsbeiträge immer völlig entwertet zur Hauptkasse gelangten. Frühzeitig überzog eine ungeheure Arbeitslosigkeit unser Gewerbe, die durchschnittlich bis zum Frühjahr dieses Jahres 80 % betrug. Die Neigung des Marktes in dieser sich überstürzenden Zeit nahm die meisten Kräfte des Hauptbureaus in Anspruch, es endete im November die Stabilisierung der Währung eine Erleichterung brachte. Das betrübendste Moment sei nur, daß in so außerordentlich kritischen Zeiten keine einzige, geschlossene Arbeiterbewegung vorhanden war, die bestehenden Differenzen immer noch schärfer wurden und zur Schwächung der Organisation beitrugen. Die Gefahr der Spaltung in den Gewerkschaften sei vorhanden; er kennzeichnete einige bedenkliche Vorkommnisse in verschiedenen Orten.

Für unser Gewerbe bleibt vorläufig der Reichstariftvertrag weiter in Kraft; die Arbeitszeit betrage wie bisher 8 Stunden. Große Kämpfe toben seit Monaten in der Industrie, woran auch viele unserer Verbandsmitglieder beteiligt sind. In seinen weiteren Ausführungen erörterte Kollege Streine die Maßnahmen, die getroffen wurden zur Beschaffung von Arbeit und gegen die regierungsseitig angeordnete Pflichtarbeit, die in allen Arbeiterkreisen die größte Erbitterung hervorgerufen hat. Daß in den verfloßenen Monaten unsere Bestrebungen auf weitere Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse im Bereiche nicht gefördert werden konnten, wie es vordem geschah, sei bedauerlich; aber aufgeschoben sei nicht aufgehoben. Zur Verschmelzungsfrage könne er nur mitteilen, daß sich kürzlich der Rat des Baugewerksbundes mit unsern bestimmten Forderungen befaßt habe. Aus der Presse sei zu entnehmen, daß man diesen wohl zugestimmt habe. Nun habe vorerst der Verbandstag des Baugewerksbundes das Wort. Des weiteren schilderte Kollege Streine einen Fall unzulässiger Agitation des Baugewerksbundes, in dem man es fertiggebracht habe, uns 80 Mitglieder widerrechtlich wegzunehmen, und während man uns versichere, das Recht wieder gutmachen zu wollen, bestärke man insheim die in Betracht kommende Ortsverwaltung des Baugewerksbundes in ihrer Obstruktion. Am Jahreschluß waren vorhanden 47 900 Mitglieder und 2500 Lehrlinge. In der Industrie waren 14 100 tätig. Gegenüber dem Jahresbeginn sei also, wie nicht anders zu erwarten war, ein Mitgliederabgang zu verzeichnen. Nachdem sich aber

die wirtschaftliche Lage gehessert habe und die Kollegenschaft nach monatelanger Arbeitslosigkeit sich wieder in Arbeit befinde, müsse jetzt mit allen Kräften die Agitation einsetzen, um wieder neues Leben nach einer so niederdrückenden Zeit in die Organisation zu bringen. Die kommenden Tage müssen in allen Filialen zur regsten Werbearbeit für den Verband ausgenützt werden.

Ueber die Massenverhältnisse gab darauf Kollege Streine ein genaues Ueberblick. Selbst in der schlimmsten Zeit der Inflation wurde der größte Teil der Einnahme für Lohnkämpfe ausgegeben. Natürlich mußten, um balancieren zu können, auf allen Gebieten bedeutende Einschränkungen gemacht werden. Wenn sich dies während der verfloßenen Krise in mancher Verwaltung ein gewisser Mäximum bemerkbar gemacht habe, so sei das zu verstehen; nun aber müsse mit dem Kleinmut gebrochen werden. Es sei notwendig, jetzt wieder freudig die Organisationsarbeit zu erledigen im aufbauenden Sinne, wie es immer bei uns war, dann gehe es auch erneut vorwärts. Den Verband leistungsfähig auszugestalten, müsse erste Pflicht jedes Mitgliedes sein. Dazum gelte es vor allem, überall die Hauszahlung wie vordem zu ordnen, damit die Beiträge pünktlich und regelmäßig gezahlt werden.

In der Aussprache zum Vorstandsbericht, an der sämtliche in den Bezirken gewählten Beiratsmitglieder teilnahmen, herrschte im allgemeinen Uebereinstimmung, daß vom Vorstand unter den gegebenen Verhältnissen alles getan wurde, was möglich war. Zu erwägen wäre, ob die beitragsfreien Marken durch eine 10-S-Marke zu ersetzen seien, um die Verbindung mit dem Verband besser herzustellen. Mehrere Redner brachten zum Ausdruck, daß die letzte Beitragsaufstellung besser von 5 zu 5 S erfolgt wäre, um sie beweglicher zu gestalten. Das Unterstützungswesen müsse, sobald die Verhältnisse dazu angetan seien, wieder im Verband aufgebaut werden; viele Kollegen hätten durch die zeitweilige Außerkräftsetzung der Unterstützungseinrichtungen auch die Fühlung mit der Organisation verloren. Die Mitglieder zahlten höhere Beiträge, wenn sie wissen, daß der Verband sie im Notfall unterstützt; jahrzehnte lange Erfahrung bestätige uns, daß die Unterstützungseinrichtungen den inneren Zusammenhalt einer Organisation bilden. Ein Abbau des Achtstundentages dürfe für uns nicht in Betracht kommen, das müsse scharf hervorgehoben werden. Daß unsere hygienischen Bestrebungen nicht gefördert werden konnten, sei mit auf das Fehlen unserer Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zurückzuführen, da dadurch auch die Kontrolle verlorengegangen sei, die für uns ganz unentbehrlich ist, wenn wir weitere Fortschritte machen wollen. Zur Verschmelzungsfrage schilderten die Kollegen die Stimmung der Mitglieder in ihren Filialen und betonten, es habe sich gezeigt, daß unser Verband sehr wohl den Stürmen der Zeit zu trotzen und seine Aufgaben genau so wie alle andern, auch die größten, zu erfüllen verstehe. Das Bestreben der Bauarbeiter, uns Mitglieder abzutreiben, sei scharf zu verurteilen. Es zeige, wie man glaubt, mit kleineren Gruppen umspringen zu können. Hier müsse der Vorstand schärfsten Widerstand leisten. Der zersetzende Geist, der zurzeit durch die Arbeiterchaft gehe, sei das schlimmste, was passieren konnte. Unter keinen Umständen dürfe in unsere Gewerkschaftsversammlungen der Parteistreit hineingetragen werden; der leidende Teil sei die Arbeiterchaft selbst. Niemals sei

die radikale Phrase für eine geordnete Gewerkschaftstätigkeit förderlich. Auf's schärfste wurden die in der letzten Nummer des „Maler“ geschilderten Vorkommnisse in Berlin verurteilt und betont, daß solche Elemente nicht in unsere Organisation gehören. Es müsse unabweisbar in unserm Verbandsorgan zum Ausdruck kommen, daß unsere gewerkschaftliche Stellung die Amsterdamer Richtung zu vertreten habe.

In seinem Schlusswort gab Kollege Streine zu den gestellten Fragen hinreichende Aufklärung. Mit Dank an unsere ausländischen Bruderorganisationen gedachte er deren Unterstützung, die sie uns zu teil werden ließen. Als auf wenige Filialen haben sich unsere Ortsverwaltungen mit der jetzigen Beitragsregelung abgefunden und die Gründe des Vorstandes als notwendig anerkannt. In einigen Orten werde aber systematisch gegen die Beitragsregelung geschürt, dagegen müsse selbstverständlich Stellung genommen werden. Seit Monaten ständen viele hunderte Kollegen in schweren Lohnkämpfen und da verweigerten gerade radikal sein wollende Kollegen dem Verband die Mittel zur Unterstützung der kämpfenden Mitglieder. Des näheren kennzeichnete er die fortgesetzten Treibereien der sogenannten „Opposition“ in den Verbänden und die Folgeerscheinungen daraus. Lange genug hätten wir geschwiegen, nun war es aber höchste Zeit, auch im „Maler“ unsere Kollegen über die Sachlage aufzuklären. Die Unterstützungseinrichtungen würden wieder aufgerichtet werden, wenn die Zeit dafür reif sei; vorläufig seien wir leider noch nicht so weit.

Am zweiten Verhandlungstage erfolgte der Bericht über die im verfloßenen Halbjahr stattgefundenen Lohn- und Tarifbewegungen, Streiks und Aussperrungen. In gedrängter Kürze schilderte der Verbandsvorsitzende die Entwicklung und den Gang der Verhandlungen von zentraler auf bezirklicher Grundlage infolge der Inflation. Nachdem die Verhältnisse jetzt stabil geworden, drängen die Arbeitgeber wieder auf zentrale Verhandlungen, die für den Reichsbund eine Existenzfrage bedeuten. Er kam auf den Verlauf der vor einigen Tagen stattgefundenen Tagung des Haupttarifamtes zurück, worüber bereits in der vorigen Nummer berichtet worden ist. Der dort festgesetzte Lohn gelte bis auf weiteres vom 2. Mai an. Bei den Verhandlungen zur Erneuerung des Reichstariftvertrages versuchten die Arbeitgeber, den Achtstundentag und die Ferien zu beseitigen und neue Lohnklassen zu schaffen. Als Nebengewerbe könne das Malergewerbe in diesen einschneidenden Fragen nicht vorausgehen, das scheinen auch die Arbeitgeber einzusehen. An den Kämpfen in der Industrie seien seit Monaten zahlreiche Verbandskollegen in Mitleidenschaft gezogen. Die Vorwürfe gegen die Gewerkschaftsleitungen und den ADGB, daß sie an der drohenden Beseitigung des Achtstundentages schuld seien, wären sinnlos. Die furchtbare Wirtschaftskrise, die lange Arbeitslosigkeit und die große Teuerung, dazu die Bekämpfung der Arbeiter in ihren eigenen Reihen habe sich auf die Organisation und ihre Stofkraft ausgewirkt, nur Einigkeit und Opferfreudigkeit führe zur Nachtentfaltung und schütze die Arbeiterchaft vor Verelendung.

Die sich anschließende Diskussion ergab auch hier wie beim Geschäftsbericht, daß die Maßnahmen des Vorstandes gebilligt wurden. Immer müsse die wirtschaftliche Lage im Reich berücksichtigt werden, wenn wir für uns

Vorteile erzielen wollen. Die Inszenierung wilder Streiks in der Industrie, die vielfach in den letzten Monaten zum Ausbruch kamen, haben überall nur zum Schaden der beteiligten Arbeiter geendet. Mehrere Redner gaben aus ihren Erfahrungen treffende Belege hierzu.

Damit hatten die wichtigsten Punkte dieser Tagung ihre Friedigung gefunden. Gegen 2 Stimmen, die sich gegen den Absatz über die verhandlungsstörerischen Tendenzen wandten, weil sie ihn für überflüssig und die angebotenen Maßnahmen für selbstverständlich und schon durch das Statut gegeben hielten, fand nachstehende Einschließung Annahme:

Der Beirat billigt die Tätigkeit des Verbandsvorstandes zum Aufbau und finanziellen Ausbau unserer Organisation, sowie die Maßnahmen zur Erwerbslosenfürsorge, zum Schutz der Kollegenschaft vor Gesundheitschäden, Unfällen und seine Stellungnahme gegen den Abbau der Sozialreform.

Gegen den Vorstoß des Unternehmertums zur Abschaffung des Achtstundentages ist wie bisher auch weiter entschieden Widerstand zu leisten und jede Verschlechterung des zunächst weiterlaufenden Reichstarifvertrages unter anderem durch Schaffung neuer Lohnklassen und Abschaffung der Ferien abzulehnen.

Die Lohnpolitik des Verbandsvorstandes muß auch ferner auf die baldige Erreichung des Friedens-Reallohnes gerichtet sein und bestimmt werden, vor allem durch die sich verändernde Höhe der Lebenshaltungskosten und der Löhne der anderen Berufsgruppen, besonders des Baugewerbes.

Von den Mitgliedern ist zu fordern, daß sie die Maßnahmen des Vorstandes tatkräftig unterstützen, für den Verband werden und durch die Steigerung der Einzelgehälter nach dem Grade ihrer besonderen Leistungsfähigkeit je nach dem Stande der Konjunktur dem Prinzip des im Malergewerbe tariflich festgesetzten Mindestlohnes Geltung verschaffen.

Der Beirat erwartet vom Verbandsvorstand, daß er auch weiter den von parteipolitischen Interessen diktierten verhandlungsstörerischen Tendenzen die größte Aufmerksamkeit widmet und Mitgliedern, die Handlungen begehen, die die Organisation und deren Einrichtungen schädigen, müssen, oder sich seiner Anordnungen und Beschlüssen nicht fügen, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentritt. Mitglieder, die sich der ordnungsmäßigen Beitragsleistung entziehen, gegen die Zahlung der Beiträge auffordern oder den geordneten Verlauf der von unserer Organisation einberufenen Veranstaltungen unmöglich machen, sind auszuschließen. Mitglieder des Verbandes dürfen ferner nicht solchen gewerkschaftlichen Organisationen angehören oder für sie wirken, die dem IGB, dem IGBG und damit zugleich unserm Verbande feindlich gegenüberstehen.

Zur Frage der Verschmelzung mit dem Baugewerksverband und — sowie unsere Ledererkollegen in Betracht kommen — mit dem Metall-, Holzarbeiterverband usw., wird es bei den Beschlüssen der Jenaer Generalversammlung sein.

Der Vorsitzende gab noch bekannt, wie in den nächsten Wochen nach den Wahlen in allen Filialen eine rege Agitation im Verband durchgeführt werden soll. Diese soll durch ein besonderes Flugblatt und eine Agitationsnummer des Maler unterstützt werden.

Als Beantwortung konnte am Schlusse der Sitzung Kollege Ström die sachlichen und guten Verlauf hervorheben. Es sei es im Sinne der gepflogenen Beratungen drängen in den Filialen zu wirken, um den Verband wieder auf seine volle Höhe zu bringen.

Der Jugend die Zukunft.

Das Jahr 1923 mit seinem Aufruf, Wirtschaftsmehrgang und seiner katastrophalen Inflation hat, wie die Gewerkschaften allgemein, auch die Entwicklung der Lehrlingsabteilungen ungünstig beeinflusst. Das ist natürlich, hatten doch die Vergütungen für die Lehrlinge noch viel mehr hinter der Geldentwertung her als die der Arbeiterwelt stand. Aber auch der Lohn der Arbeiter reichte nicht mehr zu den dringendsten Ausgaben. Alle nicht unbedingt notwendigen Aufwendungen mußten unterbleiben; kein Wunder, daß manche glaubten, auch den Verbandstag spaten zu sollen. Dazu kam das Nachlassen der Agitation wegen Abbaues der Verwaltungen, weiter, daß die Jugend teilweise noch nicht in derselben Weise wie die älteren Kollegen von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses überzeugt ist, weil sie das tiefere Verständnis und die praktischen Erfahrungen fehlen.

Mit der Stabilisierung unserer Währung haben sich auch die Verhältnisse für die Lehrlinge wieder gebessert. Soweit uns Meldungen über die Höhe der Vergütungen mitgeteilt worden sind, bewegen sie sich in den Höhen der Vorjahrszeit, in einigen Orten (Berlin, München) gehen sie darüber hinaus. Es ist die Aufgabe der Kollegen, dem Lehrling immer wieder zu sagen, daß es nur gelingen konnte auf Grund unserer gewerkschaftlichen Stärke

und weil von den Filialverwaltungen mit Geschick und Energie für sie eingetreten wurde. Damit soll aber keineswegs gesagt sein, daß die jetzigen Sätze ausreichend sind; im Gegenteil, sie bedürfen für den weitaus größten Teil der Lehrlinge dringender Aufbesserung. Wir erwarten daher, daß die Kollegen allerorts mit Entschiedenheit dafür eintreten. Sehen die Lehrlinge, daß sich die Kollegen für sie einsetzen, wird sich ganz von selbst ein Vertrauensverhältnis einstellen, wie es zur Bewältigung unserer Aufgaben eine dringende Notwendigkeit ist.

Besonders die Betriebsräte und Obleute in den Werkstätten haben hier ein dankbares Feld der Betätigung. Sie müssen Wünsche und Beschwerden der Lehrlinge entgegennehmen und an die Filialverwaltungen weiterleiten, aber auch dem Arbeitgeber gegenüber ihr Interesse vertreten. In ihrer Hand mit liegt die Erziehung der Lehrlinge zu guten Gewerkschaftern und tüchtigen Fachkollegen. Weibes ist von großer Wichtigkeit. Nur wenn wir es verstehen, die Lehrlinge mit dem Gedanken der Organisation vertraut zu machen, ihnen aber auch fachtechnisch so vorwärtszuhelfen, daß sie als tüchtige Kräfte im Beruf gelten können, werden wir an ihnen wirkliche Helfer haben in unserm Kampfe um die Verbesserung unserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Gelegenheit bietet sich auf der Arbeitsstelle und nach Schluß der Arbeitszeit genug. Zeigt ihnen an Hand der historischen Entwicklung der Gewerkschaften und der in dieser Zeit erzielten Erfolge in bezug auf Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit, wie für die Arbeiterschaft die Gewerkschaften segensreich tätig waren! Die Jugend weiß von diesen Dingen nichts; ist bei ihrem vorwärtsdrängenden Naturell auch allzu leicht geneigt, diese in langwierigen, zähen, opfervollen Kämpfen erreichten Erfolge nicht genügend zu würdigen. Wir haben alle Veranlassung, uns mehr denn je mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen; denn auch die Arbeitgeber versuchen in letzter Zeit, auf die Lehrlinge einzuwirken. Wir haben uns schon in der Nummer 14 des „Maler“ vom 5. April 1924 mit dieser Frage befaßt; weisen auch weiter darauf hin, daß man die Lehrlinge durch Veranstaltung kleiner Feiern usw. zu ködern sucht. Demgegenüber wollen wir die Würde der Persönlichkeit betonen und dem Lehrling einprägen, daß er sich nicht hängen und buken soll; denn er ist ein Mensch wie alle andern, auch wieder Unternehmer. Alle Menschen gleich geboren, sind ein abliges Geschlecht. Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen wollen wir im Lehrling wecken und das Verständnis für die Erfolgsmöglichkeiten der in einer Organisation vereinigten Kraft.

Wie gut können sich die Kollegen das Vertrauen des Lehrlings erwerben, indem sie ihn in die Geheimnisse unseres Handwerks einweihen. Sorgt dafür, daß der Lehrling Gelegenheit bekommt, alle vorkommenden Arbeiten des Berufes auszuführen; denn nicht vom Sehen allein lernt der Lehrling; ihm muß selbst die praktische Erlebung bestimmter Aufgaben übertragen werden. In manchen Fällen kümmert sich der Meister nur sehr wenig um die Ausbildung des Lehrlings, in andern ist er gar nicht in der Lage, ihn mit allen Zweigen des Handwerks vertraut zu machen. Viel mehr als mit dem Meister arbeitet der Lehrling mit den Gehilfen zusammen, sie sind es, die seine Ausbildung sehr stark beeinflussen. Tut Ihr das im Sinne der bestmöglichen fachtechnischen Ausbildung, so habt Ihr damit Euch selbst und der Organisation den besten Dienst getan.

Kümmert Euch aber auch um die Arbeitszeit der Lehrlinge. Das Bestreben der Meister kennen wir, sie möchten den Lehrling ganz nach Gutdünken lange arbeiten lassen. Ihre Anträge in den Parlamenten nach dieser Richtung hin besagen alles. Dem Lehrling aber muß die Zeit bleiben, sich körperlich zu erachtlichen und geistig zu vervollkommen. Der Mensch darf nicht böllig untergehen in seiner Arbeit; denn er lebt nicht, um zu arbeiten, sondern er arbeitet, um zu leben. Die Kollegen sollen dabei den Lehrling anhalten, von seiner freien Zeit den rechten Gebrauch zu machen, zu seinem eigenen und zum Wohle der Allgemeinheit.

Das beste Mittel des Einwirkens auf die Jugendlichen ist aber das gute Beispiel. Tragt darum nicht Eure gewerkschaftstaktischen und politischen Meinungsverschiedenheiten im Weisheit der Lehrlinge aus! Sie sind nicht in der Lage, das Für und Wider richtig abzuwägen und werden sich nur allzu leicht von solchen Auseinandersetzungen abgelenkt fühlen.

Kollegen! Es geht um die Vorwärtseentwicklung unserer Organisation. Jeder hat in dieser Woche die Pflicht, die noch in seinem Betriebe vorhandenen unorganisierten Lehrlinge der Lehrlingsabteilung unseres Verbandes als Mitglieder zuzuführen. Wer die Jugend

hat, der hat die Zukunft! Arbeiten wir mit allen Kräften gemeinsam an der Erreichung unseres Zieles. Die reiflose Erfassung aller Gehilfen und Lehrlinge im Verband der Maler usw. von der Festigkeit und Geschlossenheit unserer Reihen hängt der Erfolg unserer Arbeit in der Zukunft ab.

Die Organisierung der Produktion.

Der Krieg brachte uns einen hohen Grad von Organisierung der Produktion. So wenig auch die staatliche Zwangswirtschaft während des Krieges als Kriegsozialismus bezeichnet werden konnte, wie so viele meinten, die Tatsache, daß im Krieg eine weitgehende Regelung der Produktion stattfand, bleibt dennoch bestehen. Nach dem Krieg erfolgte allerorten der Abbau der Zwangswirtschaft, der niemand eine Kränze nachweinte. Die Kapitalisten wollten die staatlichen Fesseln loswerden, das Proletariat aber sah in der Kriegswirtschaft mit Recht nichts anderes als ein vom Staat gefördertes Ausbeutungssystem, das den Kapitalisten mühelos riesige Profite zuschanzte. Es hatte den Anschein, als ob wir nach dem Krieg wieder zum System der freien Wirtschaft, wo das freie Spiel der Kräfte den Ausschlag gibt, zurückkehrten.

Wenn wir die Nachkriegsentwicklung der Wirtschaft in den verschiedenen Ländern und auf den verschiedenen Gebieten ins Auge fassen, so werden wir feststellen müssen, daß das an die Stelle der Kriegswirtschaft getretene Wirtschaftssystem nicht weniger Bindungen aufweist als die Zwangswirtschaft während des Krieges. Das freie Spiel der Wirtschaftskräfte wird an den verschiedensten Stellen unterbunden. Diese Entwicklung ist nicht so leicht zu überblicken wie die Regelung der Kriegsproduktion, die überall von der Zentralgewalt, vom Staat, ausging; sie springt vielleicht nicht so scharf ins Auge, ihre Bedeutung ist aber unseres Erachtens nicht geringer, ja wir möchten sagen, sie ist viel größer als die während des Krieges erfolgte Organisierung der Produktion.

Bevor wir diese von verschiedenen Seiten aus in Angriff genommenen Bestrebungen und Tendenzen zur Organisierung der Produktion betrachten, müssen wir zuerst kurz auf die Ursachen hinweisen, die auf derartige Veränderungen hinbrängen. Sie sind ihrer Art nach sehr verschieden und greifen oft ineinander. Die verschiedensten Krisenerscheinungen führten entweder bewußt oder nur durch die Macht der Tatsachen zu ihnen.

Die Ueberkapitalisierung, besonders in der Schwerindustrie, das heißt die durch den Krieg hervorgerufene übermäßige Entwicklung der Schwerindustrie, führte zu organisatorischen Veränderungen. Die Arbeitszeitverkürzung nach dem Krieg mußte ebenfalls in diese Richtung drängen. Hierzu kam das Sinken des Goldwertes, das zur Hebung des allgemeinen Preisniveaus führte, wofür ebenfalls ein Ausgleich gefunden werden mußte. Die Krise der Produktion einzelner Rohstoffe und Lebensmittel, wie Gummi, Kaffee, Milchprodukte, in den Jahren 1920 bis 1922 gab die wichtigsten Produktionsregelungen Anlaß. Die allgemeine Agrarkrise, das heißt der niedrige Preis der Agrarprodukte im Verhältnis zu den Industrieprodukten, mit ihren schweren Folgen für die Lage der Landwirtschaft führte zu neuen Einrichtungen, welche unter allen neuzeitlichen Organisationen vielleicht am bedeutendsten sind. Die allgemeine Wirtschaftskrise hat die Bestrebung zur Ausgleichung der regen und flauen Wirtschaftskrisenperioden entstehen lassen, welche, wenn auch noch im Anfangsstadium, auf eine Regelung der Produktion hinweisen. Die Verschlechterung der Handelsbilanzen der verschiedenen Staaten führte zu einer Ein- und Ausfuhrkontrolle, die auf die Gestaltung der Produktion in den betreffenden Ländern viel einschneidender zurückwirken mußte, als dies durch die Handelspolitik der Vorkriegszeit möglich war. Das staatliche Monopol des Außenhandels in Ausland stellt den häufigsten Eingriff in den Außenhandel dar; nichtsdestoweniger bedeuten die Maßnahmen in den andern Ländern nachhaltige Einwirkungen auf die Ein- und Ausfuhr und dadurch auf die Produktion. Die politischen Umwälzungen führten ebenfalls zur Regelung der Produktion, wie dies für Rußland in größtem Maße der Fall war. Die Sozialisierungsbestrebungen in den andern Staaten konnten zwar nirgends einen Erfolg haben, trotzdem können sie nicht als ganz ergebnislos bezeichnet werden; sie haben ihre Spuren hinterlassen und für die — vielleicht nahe — Zukunft die Wege vorgezeichnet. Es soll in diesem Zusammenhang noch die Inflation erwähnt werden. In den Inflationsländern entsprang die Neuorganisierung der Produktion nicht aus einer Krise, sondern aus einer ungefunten Konjunktur, welche einzelnen kühnen und rücksichtslosen Unternehmern, wie Stinnes und Genossen, gewaltige Mittel in den Schoß warf, die, von diesen zu einer Machterweiterung benützt, gleichzeitig eine Neuorganisierung der Produktion hervorriefen. Hierzu führte auch im allgemeinen — und nicht nur in den Inflationsländern — die Entwicklung, daß sich das Kapital in immer weniger Händen konzentriert hat; die großen Massen wurden zugunsten der Wenigen überall enteignet. Das zum Monopolkapital verdichtete Großkapital wurde aber aus Gründen, die oben bereits angedeutet wurden, zur Regelung der Produktion, zu deren Einschränkung beziehungsweise Ausweitung gedrängt.

Worin bestand aber die Organisierung der Produktion? Dies müßte für die betreffenden Gebiete besonders untersucht werden, was hier in einzelnen nicht geleistet werden kann. Die drei Haupttatsachen sind unseres Erachtens das Vordringen des Monopolkapitals in der Industrie, die Ausgestaltung der genossenschaftlichen Verwertung der Agrarprodukte und schließlich die Zwangsorganisationen oder ihnen ähnliche Gebilde, das heißt Produktions- und Preisregelung in einzelnen Produktionszweigen, die für eine ganze Industrie zumeist durch staatlichen Eingriff oder aber durch einen trauff organisierten Unternehmerverband durchgeführt werden.

Das Vorbringen des Monopollapitals... bei dem Krieg und seine Rolle für die Organisierung der Produktion ist zwar die wichtigste Tatsache der neuen Entwicklung...

Der Franzose Francis Delaist hat uns den gewaltigen Verkrüppelungsprozess der französischen Schwerindustrie nach dem Krieg anschaulich vor Augen geführt. Die englische Industrie, in welcher das Monopollapital vor dem Krieg vorherrschte, ist gegenwärtig keineswegs weniger verkrüppelt als die Deutschlands, Frankreichs oder der Vereinigten Staaten.

Die genossenschaftliche Verwertung der Agrarprodukte im großen Maßstab ist eine Entwicklung, deren Bedeutung nicht hoch genug veranschlagt werden kann. In zwei Staaten: den Vereinigten Staaten und England, ist diese Art der Verwertung, welche die Farmer und Bauern organisiert, die Agrarpreise regelt und dadurch die landwirtschaftliche Produktion wesentlich zurückbringt, in scheinbarem Vorbringen.

Unter dem Sammelbegriff Zwangsorganisationen möchten wir eine Anzahl von Einrichtungen verschiedener Art aus der jüngsten Zeit zusammenfassen. Sie sind unter dieser Rubrik zunächst die russischen Erzküsten-Großunternehmungen mit unabhängiger Betriebsführung, doch unter staatlicher Kontrolle - erwähnt. Die englische Regierung hat die Gummirzeugung aus den Kolonien, die australische die Verwertung der Milchprodukte, die brasilianische die des Kaffees durch Einrichtungen geregelt, welche einen Zwang auf die Produktion beziehungsweise die Verwertung dieser Produkte ausüben.

Die Staaten greifen aber auch sonst viel mehr als früher in die Produktion ein. Für die Vereinigten Staaten hat der Staatssekretär Hoover den Beginn einer neuen Wirtschaftskrise, die durch diese Tatsache gekennzeichnet wird, angekündigt. Die Verteilung von natürlichen Ressourcen soll möglichst für die flauen Wirtschaftskrisen aufgespart werden, ebenso die Verteilungen seitens der Eisenbahnen. Die vom Staat gewährten Exportkredite dienen ebenso der Belebung der Produktion wie die Kredite an das Ausland, welche unter der Bedingung des Warenbezuges vom Geldgeberland gewährt werden.

Was ist der Sinn dieser Entwicklung? Wohin führt dieser Weg? Die Wortführer des Kapitalismus werden wohl behaupten, daß die Organisierung der Produktion innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft eine Verbollkommnung und dadurch die Verewigung des kapitalistischen Systems bedeute. Ist diese Behauptung wahr, oder kann vielmehr das Gegenteil behauptet werden, daß nämlich die hier skizzierte Entwicklung notwendigerweise zur Vergesellschaftung der Produktion, zum Sozialismus, führt?

Aus unserm Beruf.

Zur Agitations- und Organisationsarbeit.

Bei der Werbung neuer Mitglieder für den Verband ist es notwendig, gewisse Regeln, die sich bewährt haben, zu beachten. Alle der Werbearbeit dienenden Versammlungen müssen gut vorbereitet sein. Das trifft auf Mitglieder- und Belehungsversammlungen in gleicher Weise zu. Nur da, wo die Einberufer dafür gesorgt haben, daß die gesamte Kollegenchaft rechtzeitig von dem Stattfinden der Versammlung Kenntnis erhält, ist die Gewähr gegeben, einen guten Besuch zu erzielen.

Kollegen, beachtet diese einfache Wahrheit und handelt in allen Filialen danach! Voraussetzung agitatorischer Erfolge ist auch, zu ergreifen, welche Ursachen die noch unorganisierten bisher veranlaßt haben, dem Verbands fernzubleiben oder ihn wieder den Rücken zu kehren. Beseitigt diese Ursache! Bekreuzt die oft nebensächlichen oder persönlichen Einwendungen, und der Erfolg wird nicht ausbleiben, wenn noch ein Funke des Zusammengehörigkeitsgefühls vorhanden ist.

Aus Unternehmerkreisen.

Das Malergewerbe - Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft - lautete das Thema, über das der Vorsitzende des Reichsbundes für das Malergewerbe, Herr Kruse, Berlin, auf dem am 27. April in Karlsruhe abgehaltenen Badischen Malertag referierte. Nach einem Bericht über diese Tagung im „Maler- und Tischergewerbe“ führte der Redner aus:

Zu Beginn des Jahres 1923 habe man einen Spitzenlohn von 885 M., am Schluß dagegen einen solchen von 660 000 000 M. gehabt. In dieser Zahlendifferenz drückte sich das ganze Elend des Handwerkes aus. Der Redner gibt zu, daß die Gehilfenlöhne in der damaligen Zeit äußerst minimal waren (zirka 10 Goldmark pro Woche), aber sei es den Meistern etwa besser gegangen? Diejenigen, die am wenigsten Arbeitsaufträge gehabt hätten, seien per Saldo am besten dran gewesen. Die Halbeschäftigten dagegen hätten sich tatsächlich arm gearbeitet, da sie ihre Substanz verloren. Es sei eine verkehrte Welt gewesen. Jetzt sei eine Hauptnotwendigkeit ein rechtzeitiges Festsetzen der Löhne, um genau kalkulieren zu können. Neue Unkostenfänge würden demnach durch Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat herauskommen.

Der Referent kam hierauf auf die neuerdings stattgefundenen Verhandlungen wegen Schaffung eines neuen Tarifvertrages, der den am 6. Februar abgelaufenen ersetzen soll, zu sprechen. Er begründete den Standpunkt des Reichsbundes, der sich diesmal auf keine Kompromisse eingelassen, sondern sich auf wenige Hauptpunkte beschränkt habe, trotzdem dadurch die Verhandlungen scheiterten. Grundsätzlich habe man folgende Forderungen der Malermeister:

1. Abschaffung der Achtundvierzigstundenwoche;
2. Schaffung einer größeren Lohndifferenz zwischen alten und jungen, gelehrten und ungelerten Gehilfen;
3. Abschaffung des seit 2 Jahren bestehenden bezahlten Urlaubs der Gehilfen.

Zu Punkt 1 bemerkte der Referent, er wisse genau, daß vielerorts der Achtstundentag nicht konsequent durchgeführt worden sei, sondern viele vernünftige Gehilfen länger gearbeitet hätten. Grundsätzlich sei ja gegen den Achtstundentag nichts einzuwenden, wenn wenigstens die Zeit, die durch Kurzarbeit im Winter verburntelt worden ist, während der Saison länger gearbeitet werde. Dann komme sowieso während der Konjunktur ein Neunstundentag heraus. Der Redner ging auf die Geschichte des Achtstundentages ein und stellte fest, daß dieser im Jahre 1918 durch die Volksbeauftragten, die nach seiner Meinung gar keine gewesen seien, auf dem Verordnungswege erlassen wurde. Die Verordnung des Reichsarbeitsministers Brauns vom 21. Dezember 1923 habe an dem Grundgedanken des Achtstundentages festgehalten, eine Mehrarbeit bis zu 60 Wochenstunden jedoch dann zugelassen, wenn Arbeitgeber und Gewerkschaften einig gingen. Ferner konnten die Meister innerhalb 80 Tagen je 2 Stunden mehr arbeiten lassen ohne Zustimmung der Arbeitnehmer. Der Referent kritisierte die letztgenannte Verordnung als einseitig, zum Schutz der Gewerkschaften erlassen, gegenüber den „mächtigen Arbeitgeberverbänden“.

Zu Punkt 2 bemerkte der Redner, daß die Forderung einer Lohndifferenz zwischen gelehrten und ungelerten Gehilfen wieder einen Anreiz zur Erlernung des Handwerks schaffe. Die Jungen würden dann nicht mehr von der Schule zur Fabrik laufen, um gleich viel Geld zu verdienen, sondern sich durch Aussicht auf spätere höhere Entlohnung den finanziell wenig gewinnbringenden Lehrjahren unterziehen. Was eine bessere Bezahlung der älteren Gehilfen anbelange, so könne diese erst dann eintreten, wenn sich die Gehilfenorganisationen mit einer Verringerung der Löhne der jüngeren zugunsten der älteren einverstanden erklären.

3. Die Frage der Ferien wäre weniger einschneidend, wenn der Urlaub genommen würde, solange ruhige Zeiten wären; aber nein, der Urlaub könne in der Hochkonjunktur, im Sommer, beansprucht werden. Grundsätzlich gönne der Redner dem Gehilfen die Erholung, aber einstweilen könne das Gewerbe diese Belastung nicht ertragen, selbst wenn sie auch nur auf 1% geschätzt werde. - Alle diese Forderungen des Reichsbundes seien augenblicklich äußerst schwer durchzuführen, da Hochkonjunktur herrsche. Zudem lehne die Gehilfenchaft jedes Schiedsgericht ab, da sie durch den Schiedspruch im Baugewerbe dem Frieden nicht traue. So seien Meister und Gehilfen nach dreitägigen Verhandlungen auseinandergegangen, und der alte Tarifvertrag laufe weiter.

In den Lohnverhandlungen sei am 28. April ein Schiedspruch gefällt worden, der die neuen Löhne gebracht habe. Diesmal sei erstmals wieder zentral verhandelt worden, um eine Lohngestaltung nach einheitlichen Gesichtspunkten zu erzielen.

Zum Schluß ging der Referent näher auf die momentane Hochkonjunktur ein und fragte sich, ob denn diese nicht eine Scheinkonjunktur sei. Und sie sei es tatsächlich. Größere Aufträge blieben aus. Man lebe von der Hand zum Mund. Kein Mensch habe ja Geld. Die Hauptauftraggeber, Staat und Hausbesitz, ständen in finanziellen Nöten. Eng zusammen hänge das Wohl und Wehe des Malergewerbes mit der Zwangswirtschaft im Wohnungsgewerbe. Diese sei das Grundübel. Dazu komme jetzt neuerdings die 13prozentige Reichsmietsteuer, deren Ertrag zur Hälfte dem Baugewerbe zugute kommen solle, aber tatsächlich nicht zuzukommen. Das Reichsmietgesetz müsse unbedingt fallen, wenn das Malergewerbe wieder einen Aufschwung erleben wolle.

Das Thema hätte richtiger gelaute: „Wie die Arbeitgeber am besten die wirtschaftlich-soziale Lage der Gehilfenchaft niederhalten.“ Mögen unsere Mitglieder jetzt bei der Agitation obiger Worte gedenken und mit allen Kräften für die Geschlossenheit und Leistungsfähigkeit unseres Verbandes wirken.

Sozialpolitisches.

Die Preisgestaltung für Baustoffe. Der Reichswirtschaftsminister weist aus Anlaß der jetzt beginnenden Bauperiode in einem Rundschreiben die Landes-, Provinzial- und Bezirkspreisprüfungsstellen auf die Preisgestaltung der Baustoffe hin, bei der möglicherweise die Preise übersteigert oder durch vertragliche Bindungen der Werke untereinander in angemessener Höhe gehalten werden könnten. Das Rundschreiben enthält Richtlinien für ein Eingreifen der Preisprüfungsstellen und Anleitung zur Nachprüfung verschiedener Baustoffpreise. Hierzu richtet der preussische Minister des Innern an die Landes- und Ortspolizeibehörden das Ersuchen, im Einvernehmen mit den mittleren Preisprüfungsstellen entsprechend vorzugehen, falls ihnen Fälle unangemessener Preisgestaltung bei Baustoffen zur Kenntnis kommen.

Zur Aufwertung von Sparkassenguthaben hat der preussische Minister des Innern die Sparkassenaufsichtsbehörden ersucht, an die öffentlichen Sparkassen die Anordnungen zu lassen, daß sie von Vereinbarungen und Beschlüssen über die Aufwertung der Sparkassenguthaben zunächst absehen, bis die Durchführungsbestimmungen zum § 7 der Dritten Steuererleichterungsverordnung erlassen worden sind.

Die Verbilligung der Produktion. Außer der Arbeitszeitverlängerung pflegen als andere Möglichkeiten zur Verbilligung der Produktion Lohnkürzung oder Einschränkung der Profite in Frage zu kommen. Daß durch Lohnkürzungen der innere Abfall eingeschränkt und deshalb die Produktion verteuert, die Volksgesundheit gefährdet wird und soziale Ausbrüche den Verlauf der Produktion hindern, diese Tatsachen werden nur von einer bornierten sozialen Reaktion nicht berücksichtigt. Die Einschränkung der Profite ist auf der andern Seite innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft nur schwer durchführbar; um so schwieriger, als sie in mannigfaltiger Form verschleiert (zum Beispiel Kapitalverwässerung, Syndikatsgewinne usw.) werden können; auch besteht ohne Zweifel die Notwendigkeit einer Kapitalakkumulation, die heute aus den Profiten herausgezogen wird. Es gibt auch Industriezweige, wo zeitweise kein namhafter Profit erzielt werden kann. Um so mehr müssen die andern Faktoren einer Produktionsverbilligung herangezogen und betont werden. In Amerika und England beschäftigen sich große Organisationen mit der Frage der industriellen Vergeudung, deren Ergebnisse und Vorschläge sehr beachtenswert sind; inwieweit wir dieselben kennen, bestätigen sie vollauf das hier Ausgeführte. Außer den betriebstechnischen Fragen zur besseren Verwertung der Arbeitskraft, der Maschinen und der Kraftquellen - welche Fragen zum Gegenstand der Betriebswissenschaft geworden sind - können noch Fragen verschiedener Ordnung zur Verbilligung der Produktion beitragen. Als politische sollen hier die Lösung der Reparationsfrage, die Einführung des Freihandels, die internationale Regelung der Rohstoffbeschaffung erwähnt werden. Die Umgestaltung und Verbesserung der Kreditversorgung, die Befähigung der Wuchererkredite allein kann die Produkte mehr verbilligen als eine Lohnkürzung. Die Organisierung der kapitalistischen Betriebe in Erzküsten oft überschreitet - wie das auch in Deutschland der Fall ist - den der Verbilligung der Produktion dienenden Grad. Eine Ueberorganisierung verteuert - auch abgesehen von der monopolistischen Preispolitik - die Produktion. Die Fragen des Geldwesens, des Zwischenhandels, die Vernachlässigung der Genossenschaften, die übermäßigen Direktorengehälter und Anklamen, die alle bei der Verteuerung mitpielen, sollen hier nur gestrichen werden. Wir sehen also, daß zur Verbilligung der Produktion das Zusammenwirken mannigfaltiger Faktoren notwendig ist. So sehr wir uns auch für diese einsetzen mögen, so müssen wir doch dagegen kämpfen, daß hierfür die ungeeignetsten und sozial ungerechtesten Mittel verwendet werden.

Die Arbeitslosigkeit im Reich. Die Zahl der unter 15 Jahren Erwerbslosen im unbesetzten deutschen Gebiet ist in der Zeit vom 1. bis 15. April 1924 von 708 000 auf 476 000 zurückgegangen. Wenn auch dabei gewisse Änderungen in den Unterstützungsbeschränkungen mitgewirkt haben, so ist eine weitere wesentliche Entlastung des Arbeitsmarktes unerkennbar. Der späte Eintritt milderer Winters hat zur Folge gehabt, daß die Landwirtschaft später als sonst, dafür aber nun in erheblichem Ausmaß, Arbeitskräfte eingestellt hat. Innerhalb der Industriezweige zeigt sich leider noch immer eine unzulängliche Belebung der Ausführgewerbe. Im besetzten Gebiet ist die Entwicklung sehr unregelmäßig. Liegen auch abschließende Ziffern nicht vor, so ist doch offenbar im Vergleich mit der Zeit vor dem Ruhrereignis die Arbeitslosigkeit in den besetzten Gebieten noch immer unerbittlich viel höher.

Gewerkschaftliches.

Albert Köpfer feierte dieser Tage im Hauptvorstand des Baugewerksbundes sein fünfundsingzigjähriges Dienstjubiläum. Vom April 1899 bis zum Uebertritt in die Bauarbeiterorganisation leitete er den „Bauhilfsarbeiter“, um dann das Amt eines Sekretärs zu übernehmen. Wir entbieten dem Jubilär unsere besten Wünsche.

Gewerkschaftliche Verbandstage. Am 20. Mai tagt in Cassel der Verbandstag der Hotel-, Restaurant- und Cafégangestellten. Zur Beratung kommen unter anderem die Punkte: Berufs- oder Industrieorganisation, Tarif- und Lohnpolitik, Arbeiterschutz und Arbeitsrecht. — Der Vorstand der Glasarbeiter beruft zum 2. Juni nach Hadeberg bei Dresden den Verbandstag ein. Außer den geschäftlichen Punkten stehen Lohnbewegungen und Streiks, Berufs- oder Industrieverband und das Arbeitszeitgesetz zur Verhandlung. — Der Verbandstag der Musiker ist zum 16. Juni nach Berlin einberufen. Unter anderem steht ein Vortrag von Dr. Potthoff über Arbeits- und Berufsrecht zur Tagesordnung. — Der Verbandsvorstand der Bäcker und Konditoren beruft den 16. Verbandstag zum 14. September nach Wernigerode ein.

Zur Erreichung des Tarifvertragswesens hat der Vorstand des Afabundes ein Preisausschreiben beschlossen. Die Darstellung soll die Bedeutung und Erfordernisse des Tarifvertrages für Angestellte behandeln. Die Preise sind auf 300, 200, 100 und 50 A festgesetzt. Die Arbeiten sind bis zum 30. Juni dieses Jahres einzuliefern.

Ueber die Lage der russischen Gewerkschaftsbewegung bringen die vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebenen „Informations Sociales“ eine interessante Darstellung.

Bis Februar 1922 sind die russischen Gewerkschaften mit großen Beträgen von der Regierung unterstützt worden. Dafür mußten sie einige staatliche Funktionen verrichten. Im Februar 1922 wurden sie dieser Pflichten enthoben und hatten von diesem Zeitpunkt ab danach zu trachten, sich durch die Einfajierung von Beiträgen selbständig zu machen. Nur der Zentrale Gewerkschaftsrat sollte auch weiterhin von der Regierung unterstützt werden. Eine so fundamentale Aenderung in den Beziehungen zwischen Staat und Gewerkschaftsbewegung mußte natürlich große Schwierigkeiten mit sich bringen. Bis zum Jahre 1922 waren alle Arbeiter ohne weiteres bei ihrer Gewerkschaft eingeschrieben, das heißt, sie wurden durch diese Mitgliedschaft finanziell nicht belastet. Die Betriebskasse kam für die Beiträge auf. Das System der individuellen Beiträge mußte also neu eingeführt werden. Was die gewerkschaftliche Verwaltung betrifft, hatten sich die gewerkschaftlichen Organe der vielen Beamten zu entledigen, die ernannt wurden, als die Gewerkschaften noch die Dienste der sozialen Versicherung und der Fachbildung zu versorgen und die Arbeiter zu verpflegen hatten usw. Es wurden starke Personalreduktionen notwendig.

Die Beitrittsgebühr eines Gewerkschaftsmitgliedes kommt der Hälfte eines Tagelohnes gleich und der Monatsbeitrag 2% des Monatslohnes. Die Beiträge gehen nur langsam ein. Die rückständigen Beiträge belaufen sich auf 10 bis 40%. Die Organisationen müssen bereits wieder die Hilfe des Staates in Anspruch nehmen. Der Zentralrat der Gewerkschaften hat in den Monaten Januar bis März 1923 von der Regierung 3,5 Trillionen Rubel bezogen, das heißt, 100 000 Goldrubel zum jetzigen Kurs.

Die Anzahl der Gewerkschaftsbeamten ist noch immer hoch. Am 1. Juli 1923 betrug sie 4064. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1921 in der Gewerkschaftsbewegung 20 000 Beamte tätig waren, haben sich die Verhältnisse allerdings bedeutend gebessert. 80 bis 90% der Gesamtausgaben der Gewerkschaften entfallen auf Gehälter und Verwaltungsuntkosten.

Nach den Berichten der russischen Gewerkschaften gab es am 1. Oktober 1923 insgesamt 5 541 000 Mitglieder, wovon allerdings nur 2 390 000, die weniger als die Hälfte Industriearbeiter sind, 1 104 000 den Verkehrsdiensten angehören, 1 508 000 Staatsbeamte und Angestellte, 173 000 Gemeindegangestellte und 296 000 in der Forst- und Landwirtschaft beschäftigt sind. Wie weit selbst diese bezeichnenden Zahlen stimmen, läßt sich vorläufig nicht feststellen. Vor 2 Jahren wurde von den Organen der „Roten Gewerkschafts Internationalen“ die Mitgliederzahl mit 6 857 000 angegeben, während zur selben Zeit nach der amtlichen Statistik überhaupt nur 6 402 000 Angestellte, Arbeiter, Händler und Handwerker vorhanden waren.

In diesem Zusammenhang ist zu erwähnen, daß in Rußland nur die gelehrten Arbeiter unter gewissen Voraussetzungen Arbeitslosenunterstützung erhalten. Nach der amtlichen russischen Statistik erhielten im Juni 1923 nur 12,3% der Arbeitslosen Unterstützung.

Vom Ausland.

Die dänische Gewerkschaftszentrale „De samvirkende Fagforbund“ bringt anlässlich ihres fünfundsingzigjährigen Bestehens eine Zusammenstellung der Tätigkeit dieses Organs der Arbeiterbewegung, die lehrreich und zugleich lobend für die Arbeit der deutschen Gewerkschaften in ihren vielen Hinweisen auf das Hand-in-Hand-arbeiten der deutschen und dänischen Gewerkschaften ist. Von 61 000 Mitgliedern der angeschlossenen Verbände im Jahre 1898 ist die Mitgliederzahl auf 237 500 Ende 1923 gestiegen, wobei die Gesamteinwohnerzahl Dänemarks mit 3,2 Millionen zum Vergleich hierher gesetzt sei. Unter den Mitgliedern 1923 befinden sich rund 40 000 Frauen. Dazu kommt eine Zahl von rund 7400 Angehörigen von Gewerkschaften, die, obwohl auf freigewerkschaftlichem Boden stehend, der Zentrale nicht direkt unterstehen, so dass es Ende 1923 rund 290 000 gewerkschaftlich Organisierte in Dänemark gibt.

Das Wirken der Gewerkschaften in der Frage der Arbeitszeit kennzeichnen folgende Zahlen: Durch-

schnittsarbeitszeit in Dänemark 1872 = 11,4 Stunden täglich, 1910 = 9,7, 1918 = 9,5, 1920 = 8,3. Der Achtstundenarbeitstag ist seit 1920 allgemein, die Ueber-schreitung von 0,3% rührt von der Anpassung an Saisonarbeit (Landwirtschaft, Fischerei) her. Der Reallohn des dänischen Arbeiters ist durch das Wirken der Gewerkschaften von jährlich 1296 Kronen im Jahre 1914 auf 1579 im Jahre 1920, der Durchschnittsstundenlohn von 19,9 Oere im Jahre 1872 auf 35,5 Oere im Jahre 1899, auf 142,1 Oere im Jahre 1922 — das eine Kronenverschlechterung von etwa einem Drittel hatte — gestiegen.

Von der Grossaussperrung im Jahre 1899 an hat der „Samvirkende Fagforbund“ in unzähligen Streiks und Aussperrungen seine Kampfkraft erwiesen. Es sei bemerkt, dass die 25-Jahre-Schrift dankbar der deutschen und englischen Unterstützungen sowohl 1899 wie später gedenkt. Von 1899 an aber richtete die dänische Gewerkschaftszentrale ihr Augenmerk darauf, durch Gesetz und Vergleichsinstitutionen die verlustreichen Aussperrungen und Streiks zu vermeiden. Durch direkte Verhandlung mit der Regierung und durch die dänische sozialdemokratische Reichstagsfraktion gelang es ihr, schon 1900 eine gesetzliche Handhabe gegen wilde Aussperrungen zu schaffen, die im Jahre 1910 verbessert wurde, im Jahre 1908 die erste amtliche Vergleichsinstitution für Arbeitskonflikte zu erreichen, die Genosse Stauning als Arbeitsminister 1918 erheblich verbesserte.

Eine andere Art Regierungsanerkennung erlangten die dänischen Gewerkschaften 1907 durch ein Gesetz, das ihnen Staatszuschuss für ihre Arbeitslosenstellen zur Verfügung stellte. 1914 wurde dieses Gesetz verbessert, 1921 unter der nationalliberalen Regierung allerdings verbessert, was die nunmehrige Regierung Stauning wohl bald wieder gutmachen wird.

Besonders eng ist das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften in Dänemark. Im geschäftsführenden Ausschuss des S. F. sitzen auch zwei Mitglieder des Parteivorstandes. International schlossen die dänischen Gewerkschaften zwei Kreise, einerseits ein besonderes Zusammenarbeiten der skandinavischen Gewerkschaften, das in letzter Zeit nur durch die Moskauer Seitensprünge der Norweger gestört wurde, andererseits durch Mitarbeit in der Amsterdamer Internationale. Genossenschaftlich hat sich die dänische Gewerkschaftszentrale an der Gründung der „Arbeiter-Kohlenversorgung“ und der „Arbeiter-Landesbank“ führend beteiligt. Zersplitterungstendenzen zeigten sich vor dem Kriege von syndikalistischer, nach dem Kriege von kommunistischer Seite. Beide sind völlig abgewehrt worden. Mit glänzenden Finanzen und strenger Disziplin steht der dänische „Samvirkende Fagforbund“ kampfbereiter und stärker als je zuvor da.

Amerika. (Neuyork.) Ueber die Form der Organisation unserer amerikanischen Kollegen wird uns folgendes mitgeteilt: Wir haben in Neuyork (ausgenommen Brooklyn) 18 Filialen unserer Bruderschaft, die ihren Sitz bekanntlich in Lafayette hat. Diese 18 Lokalunionen oder Zweigvereine bilden den Distrikt-Council Nr. 9. Jede Lokalunion wählt in diesen je nach der Stärke ihrer Mitgliederzahl 2 bis 4 Delegationen. Der Council versammelt sich jede Woche einmal und hat die Kontrolle über die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Jedes Jahr, im Dezember, wählen die Mitglieder der zum Council gehörenden Lokalunionen einen Geschäftsführer (besoldeten Beamten) und 4 Geschäftsagenten. Diese sind ebenfalls besoldet und haben die Aufgabe, die Arbeitsplätze zu kontrollieren und darauf zu achten, daß keine Nichtunionleute vorhanden sind und daß der vorgeschriebene Lohn gezahlt wird. An der letzten Wahl beteiligten sich von etwa 8000 Wahlberechtigten rund 5900 Mitglieder. Die einzelnen Lokalunionen gehören bestimmten Branchen und bestimmten Sprachgruppen an, doch besteht wegen der Sprache für den einzelnen Kollegen kein Zwang. In den englisch sprechenden Zweigvereinen sind zum Beispiel viele Deutsche. Die Nationalität bezieht sich nur auf die Verhandlungssprache.

Ueber Arbeitszeit und Lohn unserer Neuyorker Kollegen sei folgendes mitgeteilt:

Arbeitszeit 1914 tägl. 8 Stunden, wöchentl. 44 Stunden	
1923 „ 8 „ 40 „	
Stundenlohn 1914	0,50 Dollar
1923	1,25 „
1924	1,31 „

Auch jüngere Kollegen bekommen nicht weniger, selten bekommt aber ein Kollege mehr. Schriftmaler erhalten 12 Dollar, Theatermaler 14 Dollar den Tag. Akkordarbeit ist nur bei den Tapetenklebern gestattet. Kein Maler und Anstreicher darf Tapeten ankleben, nur die Mitglieder der Lokalunion 490 (Paperhänger). — Auch die Schriftmaler haben Lokalautonomie, das heißt, die andern Mitglieder dürfen keine Schriften malen.

Die Lehrlinge sollen 4 Jahre lernen. Sie erhalten im ersten Lehrjahre 35% des Gehilfenlohnes, im zweiten Jahre 45%, im dritten Jahre 55% und im vierten Jahre 75%. Nach Beendigung des vierten Jahres erhalten sie den vollen Lohn.

Brooklyn gehört zwar zu Groß-Neuyork, hat aber einen eigenen Distrikt-Council und einen eigenen Vertrag. Alle Bedingungen sind jedoch die gleichen wie in Neuyork, nur der Lohn beträgt hier 12 Dollar den Tag, gegen 10,50 Dollar in Neuyork. Im Jahre 1914 standen beide Gebiete in gleicher Weise auf 50 Cent die Stunde oder 4 Dollar den Tag.

Der Neuyorker Vertrag mit vierzigstündiger Arbeitszeit die Woche (an 5 Tagen je 8 Stunden) und 10,50 Dollar täglich gilt bis Ende des Jahres 1924.

Chicago. Wie schon im letzten Mitteilungsblatt (Nr. 5 vom Dezember 1923) berichtet, herrscht in Amerika über das ganze Land hinweg eine riesige Bautätigkeit. Man rechnet jedoch in Kürze mit einer Ueberproduktion von Wohnungen, die grösstenteils auf Spekulation hin

erbaut worden sind. Nach Beendigung des Krieges gab es eine grosse Wohnungsnot, weil in den Kriegsjahren fast nur Fabriken zur Herstellung von Kriegsmaterialien gebaut worden sind. Im Jahre 1914 kostete ein Zweifamilienhaus 6500 Dollar, heute 18 000 bis 17 000 Dollar.

Nach dem Kriege hat man auch hier versucht, den Lohnabbau zu beginnen, und zwar bildeten sich in allen grösseren Städten sogenannte Bürgerausschüsse, die beabsichtigten, die Gewerkschaften im Baugewerbe zu zerstören. Grosse Fonds wurden hierzu von den Geschäftslenten gesammelt, und dann wurde die ganz kapitalistische Maschine, Verwaltungsbehörden, Gericht und Presse in Bewegung gesetzt. Die Legislatur nahm erst eine Untersuchung vor — so fängt hier jede Bewegung an — und stellte natürlich fest, dass die Gewerkschaften ihre Befugnisse überschritten hätten und einen radikalen Reinigung bedürften. Viele Arbeiterführer wurden mit Anklagen bedroht, und nachdem diese weit gemacht waren, kündigte man eine Lohnreduzierung von 20% an. Nach längerem Kampf erklärten sich einige Gewerkschaften bereit, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu unterbreiten, und ein notariischer Bundesrichter namens Landis wurde als Schiedsrichter ausersehen. Dieser begnügte sich natürlich nicht nur damit, die Löhne etwa 15 bis 20% herabzusetzen, sondern ordnete auch an, dass die Gewerkschaften, die sich seiner Entscheidung unterworfen hatten, keinen Sympathiestreik mehr erklären dürften und mit irgendwelchen Arbeitern organisiert oder nicht, zusammen arbeiten müssten. Dieser Richter ging aber noch weiter und setzte sogar für Gewerkschaften, die noch Verträge mit ihren Arbeitgebern für einen höheren Lohn hatten und ihn gar nicht als Schiedsrichter gerufen hatten, einen niedrigen Lohn fest zum Beispiel für uns Maler. Wir kehrten uns natürlich nicht an seine Entscheidung und behielten unsern Lohn von 1,25 Dollar die Stunde, solange unser Vertrag lie. Dann sahen wir uns aber gezwungen, um der allgemeinen Stimmung Zugeständnisse zu machen, unsern Lohn auf 1,10 Dollar herabzusetzen. Dies genügte aber dem Herrn Richter nicht, ebensowenig dem Bürgerausschuss und wir haben seit der Zeit mit der Konkurrenz zu rechnen, die uns von den Malern gemacht wird, die unter den Regeln der Landis-Entscheidung arbeiten. Trotzdem gelang es uns, unsern Lohn auf 1,25 Dollar zu bringen, und einige der grössten Firmen haben inzwischen mit der Union Frieden gemacht.

In andern Städten, zum Beispiel St. Louis, haben die Maler eine Forderung von 1,50 Dollar die Stunde gestellt und werden wohl dafür in den Kampf treten müssen, und in verschiedenen Städten ist man erfolgreich gewesen, die Fünf-Tage-Woche durchzudrücken. Im allgemeinen kann man wohl sagen, dass die Tendenz der Löhne noch aufwärts geht.

San Francisco war sehr gut organisiert, wurde aber durch das Bürger-Komitee sehr geschwächt. Es wurden offene Werkstätten (Werkstätten, in denen kein Organisationszwang besteht) eingeführt, die Löhne auf 60 bis 80 Cent herabgesetzt und die Arbeitsbedingungen sehr verschärft. Der gegen diese Massnahmen gerichtete Streik ging verloren.

Vereinsetz.

Bericht der Hauptkassa für Monat April.

Eingekandt haben: Augsburg 26 A, Aschaffenburg 35, Bamberg 45, Berlin 1800, Bernburg 70, Bielefeld 24, Braunschweig 150, Bremen 400, Breslau 850, Chemnitz 84, Cottbus 38,50, Eyrhoben 150, Danzig 39,64, Datteln 15, Dortmund 800, Dresden 800, Duisburg 50, Düsseldorf 40, Elbing 40, Emden 50, Eschwege 30,58, Forst 50, Frankfurt am Main 1100, Frankfurt an der Oder 100, Freiberg 6, Friedberg 89, Fürstentum 24,45, Gotha 100, Göttingen 6, Halle 100, Hamburg 65, Hamburg 500, Hannover 825, Heilbronn 100, Heidelberg 100, Herford 100, Hildesheim 120, Hof 35, Jauer 6, Köln 500, Konstanz 20, Landsberg 4, Lauenburg 25, Leipzig 400, Liegnitz 55, Lübeck 180, Müneburg 31,10, Mainz 925,00, Mezzane 100, Merse 18,75, Raumburg 77,50, Neustadt an der Haardt 54,75, Neustrelitz 40, Niesitz 5,56, Nürnberg 200, Osnabrück 50, Rathenow 50, Regensburg 50, Sorau 10, Stuttgart 500, Ulm 60, Wiesbaden 41, Wismar 82,70, Wolfenbüttel 42, Würzburg 50 und Reiz 75,6.

J. Petrich, Kassierer.

Vom 4. bis 10. Mai ist die 19. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Frankfurt a. M. (Zahlfelle Braunheim.) Am 8. April starb nach langem Leiden unser Kollege Heinrich Luchardt im Alter von 55 Jahren. (Zahlfelle Bindecken.) Am 25. März starb unser langjähriges Mitglied Karl Stod durch Sturz von Gerüst im Alter von 55 Jahren. (Zahlfelle Ibenstadt.) Am 27. März starb Kollege Georg Bimmermann infolge Tuberkulose im Alter von 25 Jahren. Wiesbaden. (Zahlfelle Dogheim.) Am 20. 8. starb infolge Schlaganfalles unser treuer Kollege Chr. Magn. Mitbegründer der Filiale. Am 28. 4. starb an Lungenerkrankung unser treuer Kollege Ph. Fischer.

Anzeigen

Wir suchen zum sofortigen Eintritt einen mit den feinsten Modellierungen (Japanlack) vertrauten tüchtigen Sattler und Polierer. Schriftliche Angebote an Kunstwertstätten Alb. Laueremann, G. m. b. H., Detmold.

Tüchtige Wagenlactierer

Stellen sofort ein Karoffrierwerke van Gapeu G. m. b. H. & Co., Offen, Taubenstr. 20.